

60. Das Zeitalter der Sammlung der Zerstreuten hat jüdische Gruppen in ihrem Heimatland zusammengeführt, die jahrhundertlang unter dem Einfluß von Kulturen und Umgebungen lebten, die weit voneinander entfernt und in ihrer Weltanschauung und ihren Ansichten völlig geteilt waren und sich auch in ihren Gewohnheiten und Sitten völlig voneinander unterschieden. Damit die Nation geeint wird und damit ein normales nationales Leben grundgelegt werden kann, ist es erforderlich, daß in Israel gegenseitige Toleranz und Freiheit des Gewissens und der Religion gepflegt und aufrecht erhalten wird.

61. Die Regierung wird jeden religiösen oder antireligiösen Zwang, von welcher Seite er auch kommen mag, immer verhindern und sie wird sicherstellen, daß mit staatlicher Hilfe die öffentlichen religiösen Bedürfnisse befriedigt werden; sie wird die Freiheit der Religion und des Gewissens für alle nicht-jüdischen Gemeinschaften aufrecht erhalten und dafür Sorge tragen, daß ihre religiösen Bedürfnisse auf Kosten des Staates befriedigt werden; sie wird für die religiöse Erziehung für alle Kinder sorgen, deren Eltern wünschen, daß sie eine solche erhalten sollen.

62. Die Regierung wird den status quo im Staat in bezug auf die Religion aufrecht erhalten.

Die folgenden Paragraphen beziehen sich auf die „*Minori-täten*“.

75. Die erzieherischen, gesundheitlichen, die der Entwicklung dienenden, Wohlfahrts- und andere vom Staat den örtlichen und Erziehungsbehörden zur Verfügung gestellten Dienste sollen allen Einwohnern ohne Unterschied ihrer Gemeinschaft und Religion zur Verfügung stehen.

76. Wo noch keine örtliche Behörde besteht, sollen die ortsansässigen Bürger nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zu der Aufrechterhaltung der lokalen Dienstleistungen beitragen.

79. Die Regierung wird die Zusammenarbeit in moslemischen, christlichen und den Städten und Dörfern der Drusen ermutigen und die nötigen Maßnahmen ergreifen, um ihren kulturellen, beruflichen und sozialen Standard zu verbessern, sie wird in allen diesen Orten Ortsbehörden auf der Grundlage demokratischer Wahlen einsetzen.

80. Für die Araber wird weiterhin für eine Erziehung in Arabisch gesorgt werden mit obligatorischem Studium des Hebräischen. Arabische Bürger in Israel werden wie bisher befähigt sein, das Arabische in Regierungs-Behörden und -Einrichtungen sowie im Parlament zu verwenden.

81. Die staatlichen Einrichtungen für eine höhere Bildung werden weiterhin allen Bürgern ohne Unterschied der Religion, der Nationalität und des Geschlechtes offen stehen. Begabte arabische und drusische Schüler, deren Eltern es sich nicht leisten können, ihre Bildung zu vervollkommen, werden in den Volks- und höheren Schulen Stipendien auf derselben Grundlage wie die jüdischen Schüler erhalten.

83. Eine völlige Gleichheit der Rechte und Pflichten soll allen Bürgern in Israel zustehen.

(Übersetzt aus Christian News from Israel [X/3—4], Jerusalem, Dezember 1959, p. 21 f.)

17/6 Religiöse Ko-Existenz in Israel

Zu Dokumentationszwecken bringen wir diesen Bericht aus der in Tel Aviv erscheinenden deutschsprachigen Zeitung „Jedioth Chadashot“ vom 14. Mai 1961 (s. oben S. 46 ff. 16e!). Die Hervorhebungen stammen von uns, Red. FR.

Im vergangenen Monat fand im Jerusalemer YMCA ein Treffen von Vertretern protestantischer Kirchen und Missionsgesellschaften in Israel und des „Committee for Inter-Faith Understanding in Israel“ statt. Einberufen wurde dieses denkwürdige Treffen durch den Sekretär des „United Christian Council in Israel“, den holländischen Pastor Maas Boertien, der aber selbst krankheitshalber verhindert war den Vorsitz zu führen, den dann ein anglikanischer Pfarrer aus Jerusalem, Canon Johns, übernahm.

Geistliche, Missionare und Missionarinnen aus Jerusalem, Jaffa, Tiberias, Haifa und Nazareth hatten sich eingefun-

den. Von jüdischer Seite war der eigentliche Initiator dieser Zusammenkunft anwesend. Universitätsdozent Dr. Zwi Werblowsky, sowie Dr. Malachi und Rabbi Ken vom Religionsministerium, Dr. Falk vom Wohlfahrtsministerium, Dr. Pnina Nave und der Schreiber dieser Zeilen, namens der World Union for Progressive Judaism, der Organisation des religiös-liberalen Judentums, sowie Herr Wardi, Organisationsaufseher des Inter-Faith-Committee.

Was war der Anlaß dieser interkonfessionellen Zusammenkunft? Dr. Werblowsky im Hauptberuf Dozent für vergleichende Religionswissenschaft an der Hebräischen Universität in Jerusalem, wo er sich mit Urchristentum und Kirchengeschichte befaßt, hatte Ende des vergangenen Jahres und zu Beginn des Jahres 1961 zwei Briefe an das Council der 19 protestantischen Kirchen, die es in Israel gibt, gerichtet. Diese Briefe schrieb Dr. Werblowsky in seiner Eigenschaft als Sekretär des bereits erwähnten Committees für interkonfessionelle Verständigung in Israel, das ja nun schon seit über zwei Jahren besteht und dem führende Persönlichkeiten im Lande angehören.

In diesen Briefen ging es eigentlich um eine ganz einfache und klare Alternative. Dr. Werblowsky gab den Damen und Herren von den 19 protestantischen Kirchen und Missionsgesellschaften in ganz unverblümter Weise zu verstehen, daß sie sich klar zu entscheiden hätten, ob sie brüderliche Beziehungen zwischen Juden und Christen in Israel wünschen, oder ob sie an einer Fortsetzung der Missionstätigkeit *im hergebrachten Sinne* festhalten wollen? Beides kann nicht zugleich bestehen, denn wir Juden, so betonte Dr. Werblowsky, sind gegen Mission sozusagen allergisch.

Diese Alternative ist natürlich, so einfach sie von unserer Seite zu begreifen ist, ein schwieriges Problem aus der Perspektive der Gegenseite, denn das Christentum ist seinem Wesen nach (im Gegensatz zum Judentum) eine missionarische Religion, die auf die Werbung von Proselyten eigentlich garnicht verzichten kann.

Der Befehl des Auferstandenen an seine Jünger, aller Welt das Evangelium zu predigen und auf seinen Namen die Bekehrten zu taufen, ist sozusagen der „kategorische Imperativ“ des Christentums. Das weiß Dr. Werblowsky ebenso gut wie die Lutheraner und Calvinisten, die Presbyterianer und Pfingstler, die Anglikaner und Reformierten, die mit ihm um einen Tisch im Jerusalemer YMCA saßen und — das muß rühmend hervorgehoben werden — sich nicht scheuten, ein heißes Eisen einmal wirklich anzufassen.

Der den Vorsitz führende Anglikaner gab rundheraus zu, daß der Gedanke der Ko-Existenz für ihn eigentlich nichts Verlockendes habe. Er meinte, daß wir aus der Politik schon um die Unzulänglichkeit von Ko-Existenz wüßten und diesen Gedanken nicht als Ideal auf das religiöse Gebiet ausdehnen sollten.

Aber ich habe den Eindruck, daß diese theologisch sicher einwandfreie und ehrliche Haltung nicht die allgemeine war. Es gab und gibt hier christliche Kreise, die bereits beginnen zu verstehen, daß die Zeit der Mission *alten Stils* vorüber ist und anstelle dessen ein offenes und ehrliches Glaubensgespräch zu treten habe. In diesem Zusammenhange bedauerte es Dr. Werblowsky, daß jüdische Wortführer in Israel, die an einem solchen Gespräch durchaus interessiert sein können und es auch sind, ihre Gesprächspartner eigentlich nur jenseits des Meeres in Europa und Amerika finden können, wo theologische Schulen wie die dialektische um Karl Barth (Basel), die sogenannte Kerygma — Theologie Bultmanns (Marburg) und die Gruppen um Tillich und Reinhold Niebuhr (Amerika) offen auf Judenmission verzichtet haben und zu einem fruchtbaren Glaubensgespräch vorgestoßen sind. Der aus England soeben in Israel eingetroffene Rev. Schneider betonte, daß er aus englischer Erfahrung bestätigen könne, wie harmonisch dort die Gesellschaft für jüdisch-christliche Beziehungen, die auch eine Zeitschrift herausgibt, arbeitet, ohne daß irgendeine wie immer geartete Missionstendenz bestünde.

In Israel, so meinte Dr. Werblowsky, habe sich diese Wende aber noch nicht vollzogen und man missioniere noch immer munter im „*altbewährten Stile*“, wobei auch oft eine erschreckende Unkenntnis des Judentums zu bemerken sei. Man setzt auf christlicher Seite nur allzuoft Judentum und Altes Testament in Eins, ohne zu berücksichtigen, daß das Alte Testament eigentlich nur die Ausgangs-Position des Judentums darstelle, das sich von hier aus entfaltet und entwickelt hat, ebenso wie ja auch das Christentum nicht beim Neuen Testament halt gemacht hat, sondern sich von den Kirchenvätern über die Reformation bis in die heutige Zeit hinein weiter entwickelt habe.

Man muß von den geschichtlich gewordenen Realitäten des Judentums und des Christentums ausgehen und darf nicht idealistische Abstraktionen oder Konstruktionen anstelle der gewordenen Wirklichkeit setzen.

Gerade hier in Israel neigen die Christen, insbesondere die Protestanten (um die es sich hier bei dieser Aussprache handelte) gerne dazu, die fast zweitausend Jahre Kirchengeschichte sozusagen ungeschehen machen zu wollen und einfach dort wieder anzuknüpfen, wo vor fast zwei Jahrtausenden die Jerusalemische Urgemeinde des Jakobus ihren Anfang nahm. Diese anachronistische Haltung aber bleibt unreal, weil wir Juden das Dazwischen nicht einfach vergessen können.

Diese Erkenntnis bricht sich allerdings nun auch auf der anderen Seite oft Bahn, wie anerkennend vermerkt werden muß.

Die Frage der Beziehungen zwischen Juden und Christen ist über das Theologische hinaus natürlich eine Bewährungsfrage der Toleranz. Und hier stellt sich das Problem in Israel ganz anders als in der übrigen Welt. Hier in Israel sind wir Juden die Majorität und die Majorität hat Toleranz gegenüber der Minderheit zu üben. Die selbe Toleranz, die wir anderswo von den Christen uns gegenüber fordern, haben wir zu bewahren. Aber tatsächlich nur dieselbe Toleranz. Sowenig wir in christlichen Ländern eine planmäßige jüdische Mission betreiben und in Schulen und Hospitälern, durch Traktate und Lebensmittelpakete versuchen christliche Kinder und sozial schwache Schichten zum Judentum zu bekehren, ebenso wenig wünschen wir dergleichen von christlicher Seite im jüdischen Staate. Aber ebenso wie wir in christlichen Ländern volle Religionsfreiheit für das Judentum fordern, sind wir tatsächlich bereit, dieselbe den Christen in Israel einzuräumen. Allerdings eben mit der für manche eifrige Christen so schwer zu akzeptierenden Einschränkung des Verzichtes auf *planmäßige* Mission.

Wir wissen wohl, daß z. B. in Amerika heute Übertritte zum Judentum durchaus an der Tagesordnung sind und die meisten jüdischen Gemeinden haben Klassen für Nichtjuden, die das Judentum kennen lernen wollen, mit der Absicht zum Übertritt oder ohne diese ausgesprochene Tendenz. Aber Werbung von Proselyten liegt naturgemäß außerhalb der jüdischen Aktivität, wenn man von einer verschwindend kleinen Gruppe um David Horwitz in New York absieht, die tatsächlich jüdische Mission unter Nichtjuden zu treiben versucht, was aber eigentlich bereits zu einer Art Sektenbildung geführt hat.

Wir müssen hier sozusagen als die Hausherrn Toleranz üben, zumal wir zu berücksichtigen haben, daß unser Land auch das heilige Land der Christenheit ist (Nazareth liegt in Israel), aber wir müssen erwarten, daß die von uns geforderte und geübte Toleranz nicht im Sinne von *Proselytenmacherei* mißbraucht wird.

Immer und immer wieder erscheinen in israelischen Zeitungen Meldungen über Missionsarbeit unter Olim-Kindern, über die Aktivitäten von Missionaren, die Täuflingen angeblich zur Auswanderung verhelfen . . . und immer wieder erklären christliche Wortführer, daß diese Meldungen unrichtig, ungenau oder einfach erfunden seien. Dr. Werblowsky gab zu bedenken, daß sogar unrichtige Meldungen dieser Art symptomatisch zu werten seien, da die Öffentlichkeit

hier eben mißtrauisch geworden sei und nur eine klare Absage an jede Missionstätigkeit solchen Gerüchten den Nährboden entziehen könne.

Der Schreiber dieser Zeilen machte den Vorschlag, ein interkonfessionelles *Fact Finding Committee* einzusetzen, bestehend aus christlichen und jüdischen Persönlichkeiten, das derartige immer wieder auftauchende Gerüchte an Ort und Stelle jeweils zu überprüfen habe und die Ergebnisse solcher Untersuchungen dann publiziert. Allgemein wurde dieser praktische Vorschlag zur Entgiftung der Atmosphäre positiv aufgenommen.

Darüber hinaus erweist es sich aber als dringend geboten, anstelle einseitiger Missionsarbeit produktive, geistige Zusammenarbeit zu stellen. Und deshalb wurde der Vorschlag einer jüdisch-christlichen Bibelarbeitsgemeinschaft geradezu begeistert aufgenommen. Der Tenach ist ja nun wirklich gemeinsamer Glaubensgrund für Juden und Christen und an dieses uns gemeinsame Heilige können wir uns in brüderlichem Geiste edler Zusammenarbeit heranmachen, um in wissenschaftlich ernstesten Studiengruppen biblische Texte zu erarbeiten. Dabei ergibt es sich ganz von selbst, daß die oft verschiedenen Auffassungen einander nicht nur konfrontiert werden, sondern sich in fruchtbarer Gedankenaustausch und in echtem Gespräch von Mensch zu Mensch und von Gruppe zu Gruppe anspinnen kann. Es ist zu hoffen, daß es nicht nur bei dieser Anregung bleibt, sondern daß sie durchgeführt wird. Auch die israelische Gesellschaft für Bibelforschung „Chevra Jisraelith Lecheker Hamikra“ kann hier mitwirken. Ihre berufenen Wortführer erklärten erst kürzlich auf einer Pressekonferenz in Jerusalem, daß sie durchaus bereit sind, Nichtjuden in ihren Reihen aufzunehmen, ohne daß freilich besondere Einladungen ergehen. Aber gemäß dem Statut der Gesellschaft steht sie jedermann offen, der an ernster Bibelarbeit interessiert ist.

Es fehlte auch nicht an Stimmen der christlichen Teilnehmer, die von einer gewissen Diskriminierung in der israelischen Öffentlichkeit Kunde gaben. Interessant war die Anregung eines holländischen Pastors aus Tiberias, der über den hebräischen Sprachgebrauch in bezug auf christliche Dinge Klage führte. Wenn christliche Geistliche im Hebräischen „Komer“ genannt werden, so ist das beleidigend, denn die Bezeichnung „Komer“ wird ja in der Bibel nur für die Baalspriester benutzt. Also wäre z. B. ein „Cohen-Dath Nozrih“ vielleicht angebrachter. Allerdings wollte der Antragsteller auch die Bezeichnung „Nozrim“ für Christen lieber mit „Meschichim“ vertauschen. Die Sache erinnerte ein bißchen an die längst vergangenen Zeiten, wo Juden es vorzogen als Israeliten oder gar als „mosaisch“ bezeichnet zu werden. Trotzdem sollte unsere Hebräische Sprachakademie diese Anregung immerhin prüfen, denn an uns soll es nicht fehlen in dieser problemgeladenen Angelegenheit überall guten Willen zu zeigen. Die Jerusalemer interkonfessionelle Aussprache vom 23. März war bereits ein Schritt in dieser Richtung und von beiden Seiten wurde viel guter Wille unter Beweis gestellt, ohne daß es bereits zu bindenden Entschlüssen gekommen wäre.

17/7 Das Thema Religion im gegenwärtigen Gespräch zwischen Juden und Christen

Ein neues Gespräch?

von Professor Baruch Graubard, München

Mit Einverständnis der Redaktion möchten wir aus den „Münchener Jüdischen Nachrichten“ (10/29), vom 5. 8. 1960 zwei Auszüge eines Beitrages von Professor Baruch Graubard, Vorsitzender des Kulturausschusses beim Zentralrat der Juden in Deutschland, bringen, welcher nach einem geschichtlichen Überblick über die Disputationen früherer Jahrhunderte folgendermaßen fortfährt:

Wir haben vorstehend eine kurze Übersicht gegeben. Es scheint daraus klar zu werden, daß sich religiöse Disputationen eher negativ als positiv auswirkten, weil:

1) Glaubenssachen nicht Gegenstand einer Diskussion sein können.